

«Das Tessin ist noch nicht bereit für einen Stadtpräsidenten in Vollzeit»

Mario Branda ist seit 2012 Stadtpräsident von Bellinzona. Die Wahl des heute 59-jährigen Juristen und Sozialdemokraten war aussergewöhnlich, denn die Hauptstadt des Kantons Tessin war traditionell eine Bastion der FDP.

2017 wurde Mario Branda bei den ersten Wahlen im neuen Bellinzona (Fusion von 13 Gemeinden) als Stadtpräsident bestätigt. Einer der ersten politischen Kämpfe im neuen Bellinzona betraf die Honorierung der Stadträte. Nach einem teils giftig geführten Abstimmungskampf wurden die vorgesehenen Bezüge in einer Referendumsabstimmung gesenkt. Der Stadtpräsident erhält seither 95 000 Franken statt der vorgesehenen 120 000. Sein Arbeitspensum wird auf 80 Prozent veranschlagt.

Laut Branda entspricht ein solches Teilzeitpensum aber nicht der Realität. «Ich arbeite jede Woche rund 40 Stunden für die Stadt und 20 Stunden für mein Anwaltsbüro», fasst der kinderlos verheiratete Politiker seine Woche zusammen. Zur gesamten Verwaltungsarbeit mit samt etlichen Sitzungen kommen auch viele repräsentative Aufgaben, die er häufig am Abend oder an den Wochenenden wahrnimmt. Wäre es nicht an der Zeit, den Job des Stadtpräsidenten einer Stadt mit 45 000 Einwohnern als 100-Prozent-Stelle anzusehen? Branda bejaht diese Frage, sagt aber gleichzeitig: «Im Tessin sind wir noch nicht bereit für diesen Schritt.» Das Bild eines Stadt- oder

Gemeindepräsidenten, der gleichzeitig seinen Beruf ausübt, sei fest in der Bevölkerung verankert. Für kleine und mittlere Gemeinden sei dies auch richtig, bei Städten in der Grössenordnung von Bellinzona sei es eigentlich nicht mehr zu rechtfertigen, findet Branda. Im Moment hat er als Anwalt auch berufliche Nachteile durch sein politisches Amt in Kauf zu nehmen: «Bestimmte Fälle kann ich nicht übernehmen, weil ich schnell in den Verdacht der Interessenkollision käme.»

Gleichwohl schwärmt Branda von seiner Aufgabe als Stadtpräsident. Ihn fasziniert insbesondere die konkrete Umsetzung von Projekten. Eines der grössten Projekte betrifft momentan den Umzug der SBB-Werkstätten in den Vorort Castione. Dadurch werden 120 000 Quadratmeter Fläche im Herzen der Stadt Bellinzona frei. «Ein urbanistisches Projekt in dieser Grössenordnung ist eine einmalige Chance», sagt Branda. Doch zuerst, am 19. Mai, muss noch eine wichtige Hürde genommen werden. Dann steht die kantonale Abstimmung über die Volksinitiative «Giù le mani dalle Officine» an. Im Fall einer Annahme der Volksinitiative gegen den Willen des



Mario Branda ist Teilzeit-Stadtpräsident von Bellinzona. Tatsächlich arbeitet er aber jede Woche 40 Stunden für die Stadt, wie er sagt.

Bild: Gerhard Lob

Grossen Rats müsste das Projekt der Officine vollkommen neu aufgegleist werden.

Gerhard Lob

Cademarios Exekutive schreibt Geschichte im Kanton Tessin



Eine Premiere für das Tessin findet am 19. Mai 2019 im kleinen Dorf Cademario im Malcantone statt. In der Gemeinde finden vorgezogene Erneuerungswahlen für die Exekutive statt, die Wahl für das Gemeindepräsidium folgt am 16. Juni. Die Gewählten bleiben dann bis Ende der offiziellen Legislaturperiode 2020 im Amt. Denn die bisherige, zerstrittene Exekutive wurde am 10. Februar 2019 in

einer Volksabstimmung abgewählt. 158 Stimmberechtigte sprachen sich für die Abwahl aus, 110 dagegen. Der Abstimmung war im Dezember 2018 eine Unterschriftensammlung vorausgegangen. Denn nur, wenn mindestens 30 Prozent der Stimmberechtigten ein entsprechendes Begehren unterzeichnen, wird überhaupt darüber abgestimmt, ob Neuwahl-

len angesetzt werden. In Cademario kamen 157 Unterschriften zusammen.

Premiere im Tessin

Es ist das erste Mal, dass in einer Tessiner Gemeinde vorgezogene Neuwahlen für die Exekutive stattfinden. Diese Möglichkeit war erst 2010 in die Kantonsverfassung aufgenommen worden. Sie verfolgt den Zweck, dort neu zu wählen, wo

die Exekutive zerstritten ist und sich ein Klima des Misstrauens ausgebreitet hat. Genau dies ist in Cademario geschehen. Die Initiative für die vorgezogenen Neuwahlen kam von vier Exekutivmitgliedern selbst, die dem Gemeindepräsidenten unter anderem mangelnde Transparenz vorwarfen.

Gerhard Lob

Junge Erwachsene leisten Beitrag zur politischen und kulturellen Bildung

Der Conseil des jeunes d'Yverdon (CDJY), zu Deutsch der Jugendrat von Yverdon, setzt sich seit 15 Jahren für die Jugend ein und organisiert kulturelle wie auch politische Projekte, die nicht nur bei den Jungen auf Zustimmung treffen. Seit der Gründung des Jugendrates im Jahr 2004 konnten die 13 bis 25 Jahre alten Mitglieder schon zahlreiche Projekte entwickeln und somit wichtige Impulse setzen. Der Erfolg ist zum grossen Teil auf das autonome Handeln des Jugendrates zurückzuführen, das die Stadt den jungen Menschen ermöglicht. So organisiert der Jugendrat zur Förderung der politischen Diskussionskultur Veranstaltungen wie Speed Debatings, während ihr Projekt Erasmus+ seit fünf

Jahren den Austausch mit jungen Menschen aus dem Ausland fördert.

Aber auch gesellschaftlich relevante Themen kommen nicht zu kurz. Der Jugendrat konnte beispielsweise ein Weiterbildungswochenende zum Thema Menschenrechte und eine vom Lausanner Jugendrat entwickelte Ausstellung «Jugend gegen Homophobie» organisieren. Auch für Freizeitangebote für Jugendliche wird gesorgt. So wurde etwa ein Tonstudio für junge Musiker eröffnet, und auch das Festival AlternatYv mit dem Thema Nachhaltigkeit wird von Jung und Alt rege besucht. So meint Pierre-André Junod, Leiter des JECOS-Dienstes: «Der CDJY ermöglicht es jungen Menschen, das Umfeld, in

dem sie leben, zu beeinflussen, die Beteiligung junger Menschen am gesellschaftlichen Leben zu verbessern und die Anliegen der Jungen auf die politische Agenda zu setzen.»

Sheila Glasz, Mitarbeiterin Kommunikation Jugendparlamente

Infos:

www.cdjyverdon.ch
www.dsj.ch

Anzeige

Jetzt weiterbilden.

CAS Digital Public Services and Communication

Start: 8. November 2019

www.fhsg.ch/digitalservices

 **FHS St.Gallen**
Hochschule
für Angewandte Wissenschaften

Infoabend
17. Juni

FHO Fachhochschule Ostschweiz